

Quartierarbeit als professionelle Soziale Arbeit zur Verminderung oder Verhinderung von Erfahrungen einer „Bürgerschaft 2. Klasse“ aus sozialraumorientierter Perspektive.

Martin Becker

Katholische Hochschule Freiburg

Zusammenfassung

Der folgende Artikel nähert sich dem Thema „Bürgerschaft 2. Klasse“ aus der Perspektive der Quartierarbeit, also der Sozialen Arbeit in und mit Gemeinwesen. Damit liegt dieser Artikel auf der Achse 2, deren Fragestellung auf Qualifizierungs- bzw. Unterstützungsmöglichkeiten für BürgerInnen 2. Klasse zielt. Zunächst werden dafür die Begrifflichkeiten und Verständnisse von Quartierarbeit als Handlungsfeld Sozialer Arbeit abgesteckt. In einem weiteren Schritt wird der konzeptionelle Hintergrund der Sozialraumorientierung beleuchtet, um auf diesem Fundament, die Verbindung im Kontext sozialer Ungleichheit über Benachteiligung auf Bürgerschaft zweiter Klasse zu knüpfen. Entlang der Dimensionen und Determinanten sozialer Ungleichheit werden, auf der Basis aus empirischen Studien vorhandener Erkenntnisse, diverse Aspekte sozialer Benachteiligung aufgezeigt, die für die jeweils betroffenen Menschen als „Bürgerschaft 2. Klasse“ erlebt und mit professioneller Quartierarbeit, im Sinne von Bewältigungsmöglichkeiten, bearbeitet werden können.

Le travail de quartier comme travail social professionnel pour réduire ou empêcher les expériences de «citoyenneté de seconde classe»

Resumé

Cet article aborde la question de la citoyenneté de seconde classe du point de vue du travail de quartier (avec la dimension communautaire du travail social). Nous commençons par définir les concepts et la compréhension de la dimension communautaire du travail social. Dans une deuxième étape, le contexte conceptuel de « l'orientation de l'espace social » sera proposé. Sur cette base, nous aborderons le contexte d'inégalité sociale et de discrimination sociale de la citoyenneté de seconde classe. A partir de cette base théorique, nous étudierons différents problèmes empiriques de discrimination sociale vécus par les « citoyens de seconde classe ». Cette contribution tente de montrer comment le travail communautaire professionnel peut participer à une réduction de la discrimination sociale.

Neighborhood work as professional social work to reduce or prevent experiences of a "second class citizenship"

Abstract

The following article approaches the title „second-class citizenship“ from a community work perspective, as part of social work in and with communities. Thereby this article lies on axis 2, of which the underlying question focuses on possibilities of qualification respectively support for „second-class citizens“. At first the concepts and comprehension of community work as a part of social work get defined. In a further step, the conceptual background of „social-space-orientation“ will be demonstrated. On this basis the context of social inequality, social discrimination and „second-class citizenship“ will be put in relation. Alongside the dimensions and determinants of social inequality, different issues of social discrimination experienced by „second-class citizens“ are exemplified. This happens on the ground of empirical studies and available knowledge. Concurrently it will be shown that and how professional community work could reduce or prevent social discrimination and „second-class citizenship“.

1. „Bürgerschaft 2. Klasse“ als (inter)subjektive Erfahrung sozialer Ungleichheit

Im vorliegenden Beitrag werden Aspekte der Thematik „Bürgerschaft 2. Klasse“ im Kontext sozialer Ungleichheit und in Folge dessen (inter-)subjektiv erlebbarer Nachrangigkeit als BürgerInnen aufgezeigt sowie Möglichkeiten der Bearbeitung dieses Phänomens mittels sozialraumorientierter Sozialer Arbeit skizziert. Andere durchaus relevante Aspekte, wie z.B. die Tendenzen zur Veränderung des Bildes vom (Stadt-)BürgerInnen zum Kunden oder zur Bedeutung der Staatsbürgerschaft in Bezug auf politische Teilhabe im Kontext der Begriffe Einwohner- versus Bürgerschaft, sind nicht Gegenstand dieses Beitrages sondern an anderer Stelle beschrieben (vgl. Becker 2/2016). Hintergrund des Zuschnitts dieses Beitrages ist die Spezifik des Handlungsfeldes Sozialer Arbeit in und mit Gemeinwesen, als zielgruppenübergreifende Arbeit, die auf die Gesamtbevölkerung eines Perimeters ausgerichtet ist und daher weder Zuständigkeitsfixierungen noch -ausschlüsse nach Merkmalen wie Staatsbürgerschaft, Behinderung, Alter oder Geschlecht vornimmt. Im Fokus steht also weniger die rechtliche Situation von Menschen unterschiedlicher (Staats-)Bürgerschaft, als die Zusammenhänge zwischen der Verteilung sozialer und materieller Güter und dem Erleben von Menschen, die mehr oder weniger in nahräumlichem Kontakt untereinander stehen, in Bezug auf ihre Teilhabechancen und (Selbst-)Einordnung als gleichrangige BürgerInnen. Der Erkenntnisgewinn der Kombination der Betrachtung sozialer Ungleichheit aus intersubjektiver Perspektive sozial benachteiligter Menschen/BürgerInnen, mit Interventionsmöglichkeiten Sozialer Arbeit, liegt in der Ergänzung der Bedeutung rechtlicher Unterschiede um solche sozialer Ungleichheit sowie der Erweiterung um Bewältigungs- und Veränderungsoptionen auf lokaler Ebene.

2. Professionelle Quartierarbeit oder Soziale Arbeit in und mit Gemeinwesen

Der Begriff „Gemeinwesen“¹ wird im deutschen Sprachgebrauch sowohl für Gebietskörperschaften des Staatswesens (Nation, Kommune, Gemeinde) als auch für Personalverbände² benutzt (Duden 1995). Begrifflich ist mit „Gemeinwesen“ nach demokratischem Verständnis das ‚Wesen des (All-)Gemeinen‘, also aller körperschaftlich miteinander verbundenen Menschen gemeint, womit der öffentliche, politische Rahmen angesprochen ist. Ein „Gemeinwesen“ kann also so unterschiedliche territorial begrenzte und politisch verfasste Einheiten umfassen, wie ein gesamtes Staatswesen, ein Bundesland, eine Kommune oder einen Teil einer Kommune. Das fachliche Verständnis von Gemeinwesen aus der Perspektive der Sozialen Arbeit wurde im Handbuch Gemeinwesenarbeit (GWA) folgendermaßen expliziert:

„Mit Gemeinwesen bezeichnen wir einen sozialen Zusammenhang von Menschen, der über einen territorialen Bezug (Stadtteil, Nachbarschaft), Interessen und funktionale Zusammenhänge (Organisationen, Wohnen, Arbeit, Freizeit) oder kategoriale Zugehörigkeit (Geschlecht, Ethnie, Alter) vermittelt ist, bzw. darüber definiert wird.“ (Stövesand u.a. 2013: 16)

In dieser Definition finden sich mit dem territorialen Bezug, der Betonung funktionaler Zusammenhänge sowie kategorialer Zugehörigkeiten von Menschen Merkmale, die in der Sozialen Arbeit auch für *Gemeinwesenarbeit* reklamiert werden. Anders als rein territoriale oder geografische Gebietsbeschreibungen, wie Stadtbezirk, Stadtteil, Stadtviertel impliziert der Begriff Gemeinwesen einen sozialen und politischen Zusammenhang von Menschen, die in einem (gewissen) Territorium leben (Becker 2017a).

Ebensowenig wie Individuen und Gesellschaft (Elias 1991) unabhängig voneinander existieren, können Raum und Soziales zwar getrennt betrachtet aber nicht getrennt voneinander verstanden werden, wobei hier nicht die umfangreiche Literatur zu Raumtheorien repliziert werden kann (hierzu siehe Becker 2016, Schroer 2006, Löw 2001). Auch im Handbuch GWA wird mit der Feststellung „Gemeinwesen ist gleichzeitig Handlungsraum [administrativ begrenztes Gebiet von Dorf bis Staat; Einfügung des Autors MB] und Sozialgefüge“ (Stövesand u.a. 2013: 24) einerseits die Bedeutung des Gebietsbezuges bestätigt und gleichzeitig mit der Aussage „Raum ist demnach immer schon Sozialraum“ (Stövesand u.a. 2013: 25) auf die Verbindung zwischen materieller und sozialer Bedeutung von Raum hingewiesen. Die Begrifflichkeiten für die territoriale Eingrenzung von Gemeinwesen sind sowohl in der Praxis als auch in der Fachliteratur sehr heterogen. Die Problematik der Begriffsverwendung besteht u.a. darin, dass die Eingrenzung von Stadtteilen und Stadtvierteln meist auf amtlichen statistischen Bezirken (z.B. Wahlbezirke, Schulbezirke, Planbezirke, Programmgebiete, etc.) beruhen, die oft nicht deckungsgleich sind und wenig mit der Einschätzung und Definition des unmittelbaren sozialen und räumlichen Lebensumfeldes der Bevölkerung gemein haben. Deshalb werden im Rahmen dieses Artikels Stadtteile und Stadtviertel als administrative Territorien verstanden, deren Raumabgrenzungen zu Planungs- und

¹ Zur Begriffsverwendung im französischen Sprachraum siehe Becker (2017b: 117)

² Personen, die durch Verwandtschafts- oder Rechtsbeziehungen körperschaftlich miteinander verbunden sind

Organisationszwecken vorwiegend nach statistischen und geografischen Indikatoren erfolgen.

Als „Quartiere“ werden in diesem Artikel gesellschaftliche Räume betrachtet, die sowohl von baulich-materiellen Strukturen als auch von gesellschaftlichen Handlungsstrukturen sowie Interaktionsprozessen beeinflusst und geprägt werden und von der Bevölkerung nach ihren räumlichen und sozialen Dimensionen als relativ überschaubar empfunden werden. Im Gegensatz zu den nach territorialen (Plangebiete, Verwaltungsbezirke, Stadtteile etc.) oder funktionalen (Wahl-, Schulbezirke, Postleitzahlbereiche, etc.) Kriterien erfolgenden Begrenzungen von und in Kommunen, lassen sich „Quartiere“ als subjektiv konstruierte soziale Räume verstehen, die mit unterschiedlichen Zuschreibungen an Bedeutungen und Begrenzungen seitens der Bevölkerung verbunden sind. Das Leben der Menschen spielt sich schließlich nicht nur in ihrem Wohnbereich und ihrer Nachbarschaft ab, je nach Interessen und Mobilität, gehören ganz unterschiedliche „Aktionsräume“³ zur individuell-subjektiven Lebenswelt. Quartiere können und müssen demnach nicht deckungsgleich mit amtlichen Gebietszuordnungen sein, sondern bilden quasi eine empirische Zuordnung ab, die z.B. durch die informellen Begriffe wie „Kiez“ in Norddeutschland oder „Grätzel“ in Österreich unterstrichen wird. Während in Deutschland „Quartier“ in einem älteren Verständnis für einen Schlafplatz („das Quartier bereiten“) verwendet und in neuerem Sprachgebrauch für Bauobjekte (Marketingbegriff zur Investorenwerbung) verwendet wird, gilt das „Quartier“ im schweizerischen und französischen Sprachgebrauch, auch in der Bevölkerung, eher als Stadtviertel und wird entsprechend benutzt (Becker 2016: 36f.).

„Gemeinwesenarbeit“ (GWA) wird im Rahmen dieser Publikation als Handlungsfeld Sozialer Arbeit „in und mit Gemeinwesen“ verstanden. Dabei bezieht sich die Bezeichnung „in Gemeinwesen“ auf die Bedeutung von Gemeinwesen als territorial und politisch begrenzte Gebietskörperschaft⁴ (Kommune, Gemeinde, Teile von Kommunen/Gemeinden), während die Bezeichnung „mit Gemeinwesen“ auf die Bedeutung von Gemeinwesen als ‚Personalverband‘⁵, miteinander in anderer Verbindung stehender Menschen rekurriert.

Mit „Handlungsfeld Sozialer Arbeit“ wird ein fachlicher Kontext bezeichnet, der durch soziale Lebens- und Problemlagen von Menschen, entsprechende Erklärungs- und Handlungstheorien, sozialrechtliche, sozialpolitische und organisationelle Rahmenbedingungen sowie spezifische Handlungskonzepte und Methoden gekennzeichnet ist (Kricheldorf / Becker / Schwab 2012).

„Gemeinwesenarbeit“ GWA lässt sich mit der o.g. Definition als „Handlungsfeld Sozialer Arbeit in und mit Gemeinwesen“ deutlich unterscheiden von anderen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit (wie z.B. der Sucht- oder Jugendhilfe) die zwar in Gemeinwesen (territorial verstanden) mit ihren Einrichtungen und Diensten verortet sind, jedoch nicht

³ Unter „Aktionsräumen“ werden hier Territorien geografisch feststellbarer Orte verstanden, an denen Menschen vorwiegend ihre diversen Aktivitäten (wie schlafen, arbeiten, einkaufen, vergnügen, Freunde treffen etc.) ausüben.

⁴ Gebietskörperschaften umfassen die in einem bestimmten Territorium ansässigen BewohnerInnen.

⁵ Personalverbände erfassen alle Personen, die durch bestimmte Eigenschaften, Verwandtschafts- oder Rechtsbeziehungen körperschaftlich miteinander verbunden sind.

den Anspruch haben, gleichzeitig und zwingend auch *mit* dem Gemeinwesen (als Personenverband verstanden) zu arbeiten.

Unter Berücksichtigung der Breite des Begriffs „Gemeinwesen“, als Gebietskörperschaft und Personalverband (Nation, Land, Kreis, Stadt, etc.) ergibt sich die praktische Notwendigkeit das „Handlungsfeld Sozialer Arbeit *in* und *mit* Gemeinwesen“ entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit und Ausrichtung auf ein konkretes „Gemeinwesen“, sei es eine Stadt, eine Gemeinde, ein amtlicher Stadtbezirk oder eben ein „Quartier“ zu spezifizieren, womit auch der Begriff „Quartierarbeit“ beschrieben ist (Becker 2016: 42f.).

Fachliche Grundlage von Quartierarbeit ist das „Handlungskonzept Sozialraumorientierung“ (Becker 2016: 163ff.). Handlungskonzepte, sind qua Definition von Geißler/Hege (2007) (Handlungs-) Modelle, in welchen Ziele, Inhalte, Methoden und Verfahren in einen sinnhaften Zusammenhang gebracht werden. So bedarf auch das „Handlungskonzept Sozialraumorientierung“ einer Zielbestimmung. Diese ergibt sich aus dessen disziplinärer Zuordnung zur Sozialen Arbeit. Mit Ernst Engelke (2004) können wir Gegenstandsbereich und Anliegen Sozialer Arbeit in der „Bewältigung sozialer Probleme“ sehen und dies als permanente Aufgabe in Gesellschaften begreifen, die Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zum ethischen Leitbild erheben. Die Frage nach dem „Sozialen“ kann nach soziologischer Betrachtung dahingehend beantwortet werden, dass das „Soziale“ „...der zentrale Grundbegriff [ist], mit dem jede geordnete Form von Aufeinanderbezogenheit, Interdependenzen, Wechselwirkungen, Kommunikationen und Bindung zwischen Handlungen oder Systemen bezeichnet wird.“ (Groenemeyer 2012: 21).

In der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit wird das „Soziale“ mit einer normativen Gemeinwohlorientierung sowie Förderung und Schutz hilfebedürftiger Menschen verbunden. Für das Phänomen sozialer Probleme existieren unterschiedliche Definitionen, die allerdings Gemeinsamkeiten in drei Punkten aufweisen. Sie thematisieren erstens eine „gesellschaftliche Störung“, die als Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Wirklichkeit beschrieben werden können. Zweitens beschreiben die Definitionen einen Prozess der öffentlichen Problematisierung sozialer Probleme, im Rahmen einer kollektiven Definition bzw. Problemkonstitution. Als dritte Gemeinsamkeit identifiziert Groenemeyer (2012: 27f.) in den diversen Definitionen den Anspruch auf eine Problembearbeitung, oft verbunden mit einem Veränderungsappell. Soziale Probleme entstehen aus komplexen (sozialen) Prozessen, die von vielerlei Faktoren wechselseitig beeinflusst werden (Elias 1970; 1976).

Soziale Arbeit gilt als normative Handlungswissenschaft (Staub-Bernasconi 2007), weil sie sich nicht auf die Analyse ihres disziplinären Gegenstandes (soziale Probleme) beschränkt, sondern sich, auf der Basis normativer Orientierung, professionsspezifische Ziele setzt und daran ausgerichtete professionelle Interventionen gestaltet. Die normative Orientierung Sozialer Arbeit ergibt sich aus deren Bezug auf allgemeine Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, die u.a. in der Definition Sozialer Arbeit des internationalen Verbandes Sozialer Arbeit verankert sind (IFSW 2014)⁶. Als

⁶ Die deutsche Version lautet: „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt

Handlungswissenschaft verbindet die Soziale Arbeit ihre, auf Erklärungs- und Wertewissen basierenden, normativen Ziele mit theoretisch fundiertem und durch empirische Forschung gewonnenem Veränderungswissen zu professionellen Interventionen, mittels sinnvollen Kombinationen von Methoden und Techniken. Die Schwerpunkte der Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit haben sich im Laufe der Zeit, analog zum gesellschaftlichen Wandel, immer wieder verschoben und werden auch in Zukunft immer wieder weiterentwickelt werden.

3. „Sozialraumorientierung“: Handlungskonzept Sozialer Arbeit

„Sozialraumorientierung“ meint ein Handlungskonzept ganzheitlichen, nicht Individuen zentrierten, Denken und Handelns, das auf sozial und räumlich strukturierte Kontexte bezogen wird und die Entwicklung menschenwürdiger und sozial gerechter Lebensverhältnisse zum Ziel hat. Dieses Handlungskonzept ist allerdings kein Metakonzept, mit dem alle Herausforderungen in allen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit bearbeitet werden können. Sozialraumorientierung als Handlungskonzept, baut auf anderen Handlungskonzepten Sozialer Arbeit, wie Lebensweltorientierung (Thiersch 1992) oder Ressourcenorientierung (Herriger 2014) auf, ist an diese anschlussfähig, ohne dass damit ein Dominanzanspruch für die Soziale Arbeit erhoben werden kann und soll. Allerdings besitzt es Innovationspotential, in Bezug auf die Gestaltung sozialer Veränderungen und die Zuständigkeit Sozialer Arbeit im Zusammenspiel mit disziplinär anders verorteten Akteuren, weil es auf lokaler Ebene quasi als Modell entwickelt und praktiziert werden kann (Bingel 2011: 244).

Mit seiner sozialräumlichen Orientierung steht das Handlungskonzept Sozialraumorientierung in der Tradition der Gemeinwesenarbeit, baut auf deren Erfahrungen auf und entwickelt diese weiter. Sozialräumlich orientierte Soziale Arbeit hat seit ihren Anfängen versucht eine ganzheitliche Perspektive einzunehmen, die sowohl auf Entwicklung und Erhalt hoher Lebensqualität als auch auf die Veränderung benachteiligender Verhältnisse sowie die Unterstützung und Hilfe für benachteiligte Menschen in ihrem sozialen und räumlichen Umfeld ausgerichtet ist. Dabei werden Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, deren Ursachen, den jeweiligen sozialpolitischen Bewältigungsversuchen und der Lage der betroffenen Bevölkerung gezogen und für die Entwicklung und Gestaltung von Interventionen der Sozialen Arbeit berücksichtigt. Die Betonung der sozialräumlichen Orientierung als programmatischem Aspekt des Handlungskonzeptes Sozialraumorientierung beruht weder auf der Erkenntnis, dass gesamtgesellschaftliche Probleme auf lokaler Ebene oder im „sozialen Nahraum“ gelöst werden könnten, noch auf einer konzeptionellen Entscheidung zu Gunsten der Bearbeitung von Symptomen gesellschaftlicher Problemlagen oder auf der Präferenz pädagogischer Ziele der Verhaltensänderung von Menschen, die für ihre prekäre Lebenslage selbst verantwortlich gemacht werden.

bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein.

Diese Definition kann auf nationaler und/oder regionaler Ebene weiter ausgeführt werden.“

(https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_02.pdf; Zugriff 21.08.2018)

Ausgangspunkt sind die unveräußerlichen (Menschen-)Rechte auf ein menschenwürdiges Leben unter Bedingungen sozialer Gerechtigkeit. Diese lassen sich auf lokaler Ebene und im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen am ehesten operationalisieren. In sozialräumlicher Perspektive werden die Verbindungen zwischen Gesellschaft und Lebenswelt als von gesellschaftlichen Entwicklungen abhängige Lebenslagen und von individuellen Prägungen beeinflusste Lebensräume wahrnehmbar, beobachtbar und gestaltbar. Die sozialstrukturellen Auswirkungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes oder die Bedeutung einer bedarfsgerechten sozialen, verkehrlichen und ökonomischen Infrastruktur sowie die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien der jeweils von Chancen und Risiken ungleich betroffenen Bevölkerung, lassen sich in sozialräumlichen Kontexten nachvollziehbar identifizieren.

Zur Arbeit an der Veränderung benachteiligender und menschenunwürdiger Lebensbedingungen bringt sozialraumorientierte Soziale Arbeit ihre Expertise auf den unterschiedlichen Ebenen gesellschaftlicher Organisation ein, indem Sie die zuständigen Akteure dazu auffordert, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und sozial benachteiligte Menschen unterstützt und ermächtigt, sich für ihre Anliegen einzusetzen und ihre Bürgerrechte einzufordern. Um diesen politischen Auftrag erfüllen zu können, wurden Arbeitsformen und Methoden entwickelt und erprobt, die es Sozialer Arbeit ermöglichen, auf verschiedenen Handlungsebenen jeweils adäquate fachspezifische Schwerpunkte zu setzen. Diese können sowohl in der parteilichen Arbeit zur Unterstützung der Bevölkerung auf der Quartierebene als auch in der vermittelnden Arbeit intermediärer Instanzen oder in der koordinierenden Arbeit innerhalb kommunaler Verwaltung oder freier Träger und Verbände liegen. Immer jedoch gilt das Primat der Sozialen Arbeit, sich im Widerstreit der Interessen für die Anliegen der am stärksten benachteiligten und hilfebedürftigen Menschen einzusetzen und in der interdisziplinären Kooperation die Sichtweise Sozialer Arbeit zu Gunsten einer sozialen und gerechten Gesellschaft prominent zu vertreten.

Soziale Arbeit erbringt vorwiegend personenbezogene Dienstleistungen, die i.d.R. im direkten Kontakt erbracht werden müssen. Dazu bedarf es einer aufsuchenden Gestaltung der Kontaktaufnahme und einer Haltung respektvollen Interesses und Akzeptanz für den Eigensinn der Lebensdeutung und –gestaltung der Menschen, die als ExpertInnen für ihre Lebenssituation angesehen werden. Diese Orientierung am Willen, den Fähigkeiten und Möglichkeiten aber auch an den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit von sozialen Problemen betroffener Menschen, ist nicht gleichzusetzen mit politischen Programmen des aktivierenden Staates (vgl. Wohlfahrt u.a. 2003), wonach die BürgerInnen zu Aktivität und Selbsthilfe verpflichtet werden, während sich das Staatswesen aus der Verantwortung zurück zieht und die Frage nach Bürgerrechten moralisierend zurückweist. Denn dabei wird tendenziell außer Acht gelassen, dass auch Engagementpotentiale ungleich verteilt sind und die Verlagerung staatlicher Aufgabenverantwortung auf die BürgerInnen, die ungleiche Verteilung sozialer Güter („Kapitalien“ nach Bourdieu 1982) verstärkt, bzw. die Einforderung bürgerschaftlicher Verantwortung und Engagement, bis hin zu Sanktionen und Strafe, soziale Benachteiligung verschärft. Im Gegensatz dazu reklamiert das Handlungskonzept Sozialraumorientierung die Unterstützung von BürgerInnen mit geringen Engagementpotentialen und –erfahrungen anstatt deren moralische Verurteilung oder gar Sanktionierung.

Diese würden ansonsten dreifach benachteiligt:

1. durch die grundlegende strukturell ungleiche Verteilung sozialer Güter zu ihren Ungunsten,
2. durch die Dominanz durchsetzungskräftiger BürgerInnen mit hohem Engagementpotential,
3. durch die moralische Verurteilung und Sanktionierung eines Verhaltens als Folge sozialer Benachteiligung.

Auch Gemeinschaftsideologien (vgl. Etzioni 1996) eignen sich, trotz ihrer geschichtlichen Popularität und unabhängig von ihren konservativen oder sozialrevolutionären Spielarten, nicht als Integrations-Vermittlungs-Konzept Sozialer Arbeit (Bingel 2011: 215ff.), weil deren Inklusions- und Exklusionsmechanismen soziale Benachteiligung nicht verhindern, sondern eher verschärfen oder festigen (Sennett 1974). Denn sowohl auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Bürgerechte, soziale Gerechtigkeit) als auch auf Quartierebene werden durch Gemeinschaftsideologien Interessen eher homogenisiert, Konflikte externalisiert und können dadurch innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr ausgetragen/-gehandelt werden.

Die für Soziale Arbeit permanente Herausforderung, trotz der Diskrepanz zwischen anspruchsvollen Zielen und begrenzten Handlungsmöglichkeiten, einen wirksamen Beitrag zu gesellschaftlicher Integration leisten zu wollen und zu müssen, kann durch das Handlungskonzept Sozialraumorientierung nicht aufgehoben aber bearbeitet werden. Gesamtgesellschaftliche Problemverursachungen lassen sich auch auf lokaler Ebene analysieren und deren Bewältigungsverantwortung an die jeweilige politische Handlungsebene adressieren. Ausgehend von der Prämisse, dass gesellschaftliche Strukturen und Prozesse gestaltbar sind und die wechselseitigen Verflechtungen (Interdependenzen) menschlicher Beziehungen (Elias 1991; 1976) in sozialräumlichen Kontexten erlebbar und handlungswirksam werden (Elias/Scotson 1965), bietet das Handlungskonzept Sozialraumorientierung Möglichkeiten der Bewältigung sozialer Probleme, in dem es die Vielfalt unterschiedlicher Aspekte der komplexen sozialen Wirklichkeit integriert und in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, vorwiegend auf lokaler Ebene, bearbeitbar macht.

Aus dem disziplinären Gegenstand Sozialer Arbeit, der „Bewältigung sozialer Probleme“, (Engelke 2004) ergibt sich, entsprechend dem oben dargestellten Verständnis sozialer Probleme sowohl ein prospektiv-präventiver Auftrag, im Sinne der Förderung von sozialem Wandel, als auch ein eher reaktiv-korrektiver Auftrag, im Sinne der Veränderung von gesellschaftlich als unerwünscht geltender Zustände. Im Rahmen des prospektiv-präventiven Auftrags geht es darum, sozialen Wandel insofern zu fördern, als die Lebens- und Handlungsbedingungen von Menschen so gestaltet oder verändert werden, dass diese gleiche Zugangschancen zu gesellschaftlich als wertvoll geltenden Gütern erhalten.

Zu diesen Lebensbedingungen zählen materielle (wie Nahrung, Wohnen, Finanzen, etc.), immaterielle (Sicherheit, soziale Beziehungen/Bindungen, Kultur, Politik, etc.) und infrastrukturelle Kriterien (Verkehr, Energieversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätze, Kommunikation, Soziales, Bildung, Erholung, etc.). Als Handlungsbedingen gelten strukturelle Aspekte wie Begegnungs-, Kommunikations- und Teilhabemöglichkeiten sowie individuelle Kriterien, wie menschliche Potentiale und Ressourcen. Letztere können mit Bourdieu (1982) nach kulturellen, sozialen und

ökonomischen Kapitalien differenziert werden. Als Indikatoren für „kulturelles Kapital“ können bspw. der Bildungsstand der Bevölkerung (oft gemessen am höchsten erreichten Schulabschluss), der Besitz von Bildungsgütern (wie z.B. Büchern oder Bibliotheksnutzung) oder die Nutzung von Kulturangeboten (abhängig von jeweiligem Lebensstil/Milieu sowie Vorhandensein und Erreichbarkeit von Möglichkeiten und Angeboten kultureller Betätigung) herangezogen werden. Als Indikatoren für „soziales Kapital“ gelten neben familiären und verwandtschaftlichen Beziehungsnetzen (z.B. Umfang und Intensität der Kontakte), auch freundschaftliche (neben Umfang und Intensität der Kontakte, auch deren eher nahräumlich oder überregionale Verbreitung) und kollegiale Beziehungsnetze (die u.a. abhängig von der Beteiligung am Erwerbsleben sind). Auch der Organisationsgrad in Vereinen und/oder Initiativen (z.B. gemessen in Anzahl an Mitgliedschaften und jeweiligen Mitgliedern) sowie Engagement und Aktivitäten in Vereinen und/oder Initiativen, wozu auch politische Parteien und Ämter zählen (z.B. messbar nach Funktionsträgerschaft) können als Indikatoren „sozialen Kapitals“ betrachtet werden. Als Indikatoren für „ökonomisches Kapital“ werden gewöhnlich Einkommen und Vermögenssituation, Besitz von Immobilien und Gütern (Miet- versus Eigentumswohnungen, PKW-Besitz, etc.) aber auch die Erwerbsbeteiligung und der Bezug von Transferzahlungen (wie z.B. SGB II, III, XII -Bezug) herangezogen. Bei fehlendem „ökonomischem Kapital“ werden die Qualität von Wohngebäuden und Wohnungen, das Vorhandensein und die Nutzungsmöglichkeiten von Räumen für Gemeinschaftsnutzungen sowie Vorhandensein und Nutzungsqualität öffentlicher Plätze und Anlagen besonders bedeutsam.

Der im Rahmen der Bewältigung sozialer Probleme eher reaktiv-korrektive Auftrag Sozialer Arbeit, ist mit der Veränderung gesellschaftlich als unerwünscht geltender Zustände verbunden und zielt vorwiegend auf die Beseitigung sozialer Benachteiligung. Menschen gelten als sozial benachteiligt, wenn ihr Zugang zu gesellschaftlich als wertvoll geltenden Gütern auf Grund ihrer Stellung in gesellschaftlichen Beziehungsgeflechten regelmäßig eingeschränkt ist⁷. Beurteilung und Bewertung sozialer Benachteiligung kann an den von Hradil (1999) beschriebenen Dimensionen sozialer Ungleichheit orientiert und betrachtet werden. Zu diesen Dimensionen sozialer Ungleichheit gehören neben materiellem Wohlstand (gemessen in Einkommen, Vermögen und Besitz), Macht (gesellschaftliches Einflusspotential), Prestige (gesellschaftliche Anerkennung) und Bildung (formelle Bildungsabschlüsse und informell angeeignete Bildung), aber auch Arbeits- (Anstellungsverhältnisse, Bezahlung, Belastungen, etc.), Wohn- (Kosten, Miet-/Eigentumsstatus, Ausstattung, Komfort, Bausubstanz, etc.), Freizeit- (Urlaubstage, Lage, Erholungseffekt, etc.) und Umweltbedingungen (Lärm, Staub, Luft, Wasser, etc.). Studien zur sozialen Ungleichheit (vgl. Hradil 2004) machen deutlich, dass systematische und dauerhafte Ungleichverteilung der o.g. Ressourcenausstattung (vgl. Bourdieus Kapitalien) zum Erleben von Menschen als BürgerInnen zweiter Klasse beitragen. Die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Einflussfaktoren/Determinanten und deren Auswirkungen in den Dimensionen sozialer Ungleichheit beeinflussen zwangsläufig die Indikation als auch den Aufwand Sozialer Arbeit, die auf das Handlungskonzept Sozialraumorientierung baut und versucht durch die Gestaltung der

⁷ Vgl. Ausführungen zu sozialer Ungleichheit in Becker 2016: 123f.

Lebensverhältnisse im lokalen Nahraum, soziale Ungleichheiten und damit die Manifestation von Bürgerschaft zweiter Klasse zu verhindern oder zu vermindern.

Im Folgenden werden Dimensionen und Determinanten sozialer Ungleichheit als Einflussfaktoren und Merkmale für Bedarf und Aufwand an professioneller Arbeit in Stadtteilen/Quartieren beschrieben, um Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Lebenschancen der Menschen und den Aufwand Sozialer Arbeit in einem Stadtteil/Quartier zu verdeutlichen.

4. Soziale Ungleichheit in Städten: Segregation und Gentrification

Städte und insbesondere solche mit regionalem Zentrumscharakter haben i.d.R. eine höhere Belastung an sozial benachteiligten Gruppen zu verkraften und sind gleichzeitig Wohn- und Lebensort vergleichsweise begünstigter Gruppen, familiär ungebundener, einkommensstarker und mobiler Menschen. Auf Aspekte möglicher sozialer Polarisierung der Stadtgesellschaften sowie die Verbindungen zwischen sozialer und räumlicher Polarisierung wurde von Becker (2016, 2014, 2008) an anderer Stelle hingewiesen. Polarisierungen zwischen Stadtgebieten können zu mehr oder weniger freiwilligen Konzentrationen von Menschen unterschiedlicher Merkmale führen, mit der Konsequenz, dass sich in bestimmten Quartieren sozial benachteiligte Bevölkerung konzentriert, während andere Quartiere von privilegierter Bevölkerung dominiert werden. Unfreiwillige Segregation kann in Verbindung mit prekären Lebenslagen und mangelnder sozialräumlicher Lebensqualität bei der betroffenen Bevölkerung Gefühle und Erleben als BürgerInnen zweiter Klasse verursachen. Entsprechend unterschiedlich verteilen sich Bedarf und Aufwand professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld sozialer Stadt-/Quartierentwicklung. Weil sich Segregations- und Gentrifizierungseffekte nicht ohne weiteres und eindeutig identifizieren lassen, sind langfristiges Monitoring quantitativer Daten und qualitativer Erhebungen ökonomischer (Einzelhandel, Gastronomie) räumlich-baulicher (Gebäude- und Wohnungssanierung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Infrastruktur) und sozialer (Wanderungsbewegungen, Zusammensetzung der Bevölkerung) Entwicklungen erforderlich (Becker 2016).

Weil Bildungsgrade über Wettbewerbschancen auf dem Arbeitsmarkt entscheiden, sind die Determinanten der sozialen Herkunft (Bildungsniveau, berufliche Stellung und Einkommen der Eltern) wichtige Einflussfaktoren auf die Bildungs- und Erwerbschancen von Kindern. Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto größer sind die Bildungschancen der Kinder (Hradil 1999: 163f.). Daraus ergeben sich Anforderungen an die Bildungs- und Erziehungsinfrastruktur sowie Handlungsaufträge für Bildungs- und Erziehungsinstitutionen und deren Fachkräfte im Rahmen integrierter Stadtteil-/Quartierentwicklung. Weil individuelle Bildungspotentiale sich auf Interesse und Aktivitäten gemeinnützigen und politischen Engagements auswirken, beeinflussen Konzentrationen von Menschen höherer Bildungsgrade, die sich ehrenamtlich als „AktivBürgerInnen“ einbringen und erleben, den Aufwand an Koordination vielfältiger Aktivitäten. Konzentrationen an Menschen geringen kulturellen Kapitals vermitteln der davon betroffenen Bevölkerung, BürgerInnen zweiter Klasse zu sein und verursachen einen erhöhten Aufwand an Engagementunterstützung und Aktivierung, (Becker 2016: 127f.).

Neben der Bildung als wichtiger Voraussetzung für Erwerbsarbeit, bestimmt die berufliche Stellung das Ausmaß des zu erzielenden Einkommens und andere Lebensbedingungen. Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikationen und Gesundheit sind weitere Einflussfaktoren auf Erwerbchancen. Zuwanderungsgruppen haben demnach schlechtere Chancen der Teilhabe am Erwerbsleben, wenn sie über geringe Sprachkenntnisse, niedrige Schulbildung und wenig berufliche Qualifikationen verfügen. Hohe Konzentrationen von Menschen geringer Bildung, Sprachkompetenz und beruflichen Qualifikation in Stadtteilen/Quartieren sowie an Menschen in prekären Lebenslagen, erhöhen das Potential unterstützungsbedürftiger Menschen und schaffen Bedarf an entsprechenden sozialen Dienstleistungen, um Gefühle und Erfahrungen zweitrangige BürgerInnen zu sein, zu vermeiden (Becker 2016: 128f.).

Weil Armut von Bildung, beruflicher Stellung, Erwerbsbeteiligung und Lebensform beeinflusst wird, bestehen die größten Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen Selbständigen, Pensionären, Beamten, Alleinlebenden und Paaren ohne Kinder auf der einen Seite sowie Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehenden auf der anderen Seite. Als Folgen materieller Ungleichheit können soziale Konflikte entstehen, je nachdem ob und wie stark soziale Ungleichheit als ungerecht angesehen wird. Größerer materieller Wohlstand geht einher mit mehr Erfahrungsmöglichkeiten, positiver Selbst- und Fremdeinschätzung, Optimismus, Gestaltungszuversicht und leichterem Zugang zu Macht und Prestige. Daher sind Menschen in gesicherten und guten materiellen Verhältnissen stärker zivilgesellschaftlich aktiv und engagieren sich eher für gemeinnützige Zwecke und forcieren damit ungewollt bei sozial benachteiligten Menschen Insuffizienzgefühle und das Erleben als nachrangige BürgerInnen (Becker 2016: 129f.).

Einkommensarmut ist hingegen verbunden mit wirtschaftlichen und materiellen Entbehrungen, sozialen und psychischen Veränderungen (Isolation, Einsamkeit, Reduzierung von Aktivitäten und Interessen), negativer Selbsteinschätzung, geringem Selbstvertrauen, sinkenden Selbsthilfekräften, negativer Fremdeinschätzung und Vorurteilen (Hradil 1999: 252). Deshalb verfügt Armutsbevölkerung über weniger Ressourcen, sondern ist stärker auf gute Infrastruktur und Unterstützung angewiesen.

Arbeitszeiten haben wegen ihrer Auswirkungen auf Wohlbefinden, Gesundheit, Familienleben, soziale Kontakte, Freizeitgestaltung und Teilnahme am öffentlichen Leben besondere Bedeutung. Dabei spielen Dauer, Lage und Verfügbarkeit der Arbeitszeit eine wichtige Rolle. Weil höher qualifizierte Beschäftigte und besser bezahlte Arbeitskräfte i.d.R. umfangreichere Arbeitszeiten haben, sind ihre zeitlichen Ressourcen für zivilgesellschaftliche Betätigungen beschränkt. Am wenigsten Freizeit haben Beschäftigte in Landwirtschaft, Gastronomie, Seelsorge und im Gesundheitsbereich, weil in diesen Branchen die Arbeitszeiten am höchsten liegen (Hradil 1999: 300). Überdurchschnittliche Anteile von Menschen die zu ungünstigen Zeiten Arbeiten müssen und über die Einteilung ihres Arbeitseinsatzes nicht selbst verfügen können, schränken die Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Quartierbevölkerung ein und können das subjektive sowie unter Umständen auch das kollektive Empfinden als BürgerInnen mehr Belastungen tragen zu müssen, als Vorteile zu genießen zu können, forcieren (Becker 2016: 134ff.).

Wenn und weil Haushalte, bspw. ausländischer Bevölkerung und von Ehepaaren mit Kindern, weniger Wohnraum pro Person zur Verfügung haben als andere, sind diese

stärker von Konflikten in Familienbeziehungen betroffen, ihre Kinder haben schlechtere Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten und die Erholungschancen von Arbeitsbelastungen in der Wohnung sind eingeschränkt. Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und (jüngere) Familien mit mehreren Kindern haben i.d.R. die höchsten Mietkostenanteile am Gesamteinkommen zu tragen und Mietpreissteigerungen wirken sich deshalb stärker auf ihre Lebensbedingungen aus. Die Versorgung mit Kindergärten, Frei- und Grünflächen ist für diese Bevölkerungsteile besonders wichtig. Somit sind Einkommen und Lebensform wichtige Determinanten für Wohnbedingungen und damit auch für die erlebte Bedeutung als gleichberechtigte BürgerInnen (Becker 2016: 137).

Durch ein Zusammentreffen verschiedener sozialer Benachteiligungen mit Merkmalen, die zu Vorurteilen oder Diskriminierungen führen, können bestimmte Teile der Bevölkerung vom mehrheitlich üblichen gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen und marginalisiert werden, womit langfristig der eigene Bürgerstatus in Frage gestellt wird. Dazu gehören tendenziell Menschen mit Behinderungen ebenso wie Menschen ohne Wohnung, bzw. festem Aufenthaltsort (Obdachlosigkeit oder Flucht) oder Menschen mit erheblichen Sucht- und psychischen Erkrankungen. In Quartieren mit multiproblembelasteter Bevölkerung können sich aus der Konkurrenz um knappe Güter und sozialen Abgrenzungsprozessen soziale Konflikte ergeben (Becker 2016: 139ff.).

Weil die Determinanten Bildung (Schulabschlüsse und berufliche Qualifikationen), berufliche Stellung und Lebensform in nahezu allen Dimensionen sozialer Ungleichheit von starker Wirkungskraft sind, gehören Menschen mit geringstem Bildungs- und Berufsstatus sowie mit familiären Lebensformen, zu den am stärksten benachteiligten und damit sich als potentiell zweitklassige BürgerInnen fühlenden Bevölkerungsteilen. Dazu gehören neben den erwähnten Randgruppen insbesondere (ausländische) ungelernte ArbeiterInnen, Arbeitslose, SozialleistungsempfängerInnen, Alleinerziehende sowie Haushalte mit Kindern und geringem Einkommen (vgl. Becker 2008: 77-97).

Weil sozioökonomische Bedingungen die Interessen und Bedürfnisse der in jeweils unterschiedlichen sozialen Lagen befindlichen Menschen beeinflussen, stellen Einkommen und Bildungsgrad wichtige Indikatoren für die Interessenlagen von Menschen dar. Während sich bspw. mit steigendem Bildungsgrad die Interessen an außerhäuslichen Freizeitaktivitäten erhöhen, steigt mit sinkendem Bildungsgrad und körperlicher beruflicher Belastung das Interesse an häuslichen Aktivitäten. Damit werden Bildung, Einkommen und berufliche Belastungen auch zu Indikatoren für den Bedarf an Nutzung und Gestaltung von Räumen und Angeboten für öffentliche oder private Zwecke. Berufliche und soziale Erfahrungen prägen auch Art und Intensität sozialer Beziehungen. Das Interesse an der Mitwirkung in verantwortlichen Positionen in Vereinen, politischen Organisationen (Parteien, Bürgerinitiativen, etc.) und Selbstverwaltungsgremien (z.B. in Kindergärten, Schulen, Kirchen, Kommune, etc.) ist bei Angehörigen unterer beruflicher Statusgruppen eher gering, umso größer ist ihr Interesse an privaten Beziehungen und Angelegenheiten. Mittlere und obere Angestellte und Beamte sowie Selbständige haben kaum Schwellenangst vor Organisationen, ihr Interesse an Mitwirkung und Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten ist dagegen eher groß. Entsprechend unterschiedlich ist z.B. die

Beteiligung an demokratischen Wahlen als Form politischer Partizipation in Quartieren, je nach Zusammensetzung bzw. Dominanz der Bevölkerung nach diesen Merkmalen. Auch daran lässt sich indirekt eine Klasseneinteilung der Bürgerschaft konstatieren (Becker 2016: 150ff.)

In Bevölkerungskreisen mit geringen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen, besteht aus genannten Gründen eher wenig Interesse an politischer Aktivität. Unter den sogenannten „Modernisierungsverlierern“, insbesondere un-/angelernter ArbeiterInnen und arbeitslosen Menschen mit einfacher Schulbildung, sind politisches Desinteresse oder Politikverdrossenheit häufiger verbreitet. Mittlere Statusgruppen sind dagegen stärker an der jeweiligen Situation und dem Zeitgeist orientiert, sofern Sie von der ökonomischen und politischen Modernisierung durch bessere Erwerbchancen und größere politische Gestaltungsmöglichkeiten (Bürgerinitiativen, Bürgerbeteiligung, etc.) profitieren. Angestellte, Beamte und Selbständige mittlerer und höherer Schul- bzw. Berufsbildung sind tendenziell stärker politisch interessiert und stellen ein hohes Potential an bürgerschaftlich und politisch interessierten und Engagement bereiter Bevölkerung dar (Becker 2016: 209ff.).

Neben Lebensbedingungen und Lebenslagen, unterscheiden sich Einstellungen und Handlungsorientierungen von Menschen nach überindividuellen Orientierungen und lassen sich durch Zuordnung nach übereinstimmenden Lebensstilen und Milieus systematisieren (vgl. Becker 2016: 104ff.). Je gemischer die Lebensstilszenen und Milieus im Stadtteil/Quartier sind, desto stärker wird der Bedarf für Interessenabgleich und Interessensberücksichtigung. Je verbreiteter vorhandene Lebensstile und Milieus mit gegensätzlichen Handlungsorientierungen und Einstellungen sind, desto höher wird die Anforderung an (Konflikt-)Vermittlung. Lebensstile und Milieus, die mit konventioneller Handlungsorientierung und gemeinschaftlicher Einstellung einhergehen, sind oft schwer kompatibel zu Lebensstilen und Milieus, die mit unkonventioneller Handlungsorientierung und individualistischen Einstellung einhergehen, und i.d.R. ein hohes Potential an punktueller Eigeninitiative haben. Mit entsprechender Koordination zwischen Menschen unterschiedlicher Lebensstilszenen bzw. Milieugruppen lassen sich jedoch Erfahrungen BürgerInnen 2. Klasse zu sein, methodisch vermindern (Becker 2016: 273f.).

Auf lokaler Ebene, in Form von Lebensstilgruppen, Szenen oder Nachbarschaften, sich abzeichnende Mikromilieus lassen sich wie oben gezeigt, in eher traditionelle „Wohnmilieus“ und moderne mobile „Wahlmilieus“ unterscheiden (Herlyn 1998; Becker 2008). Entsprechend unterschiedlich sind die Interessen und Bedürfnisse von Menschen, die solchen Wohn- oder Wahlmilieus zugeordnet werden können. Für Menschen aus „Wohnmilieus“ sind nähräumliche Angebote, wie Versorgung, Erholung, Sicherheit, etc. wichtig und dementsprechend groß ist deren Nachfrage nach deren Schaffung und Sicherstellung. Gleichzeitig besteht die Problematik, dass Menschen aus „Wohnmilieus“ aufgrund ihrer Immobilität zwar mehr Interesse an ihrem direkten Wohnumfeld haben, bei niedrigem Bildungsstand, geringer beruflicher Stellung und geringem Einkommen jedoch tendenziell wenig Bereitschaft und Interesse an der Mitgestaltung ihrer Wohnumgebung, insbesondere im Rahmen neuer Formen der Bürgerbeteiligung zeigen. Wenn dann Angehörige von „Wahlmilieus“, die Angebote und Gelegenheiten nicht nur im „Nahraum“ wahrnehmen und gleichzeitig gewohnt und gut in der Lage sind, ihre Interessen zu artikulieren und sich für eigene Belange öffentlich

einzusetzen, kann dies zur Übervorteilung bzw. Unterrepräsentation der Menschen aus „Wohnmilieus“ kommen, mit der Folge, dass diese sich in ihren Bürgerrechten benachteiligt und missachtet fühlen

Die in den obigen Ausführungen herausgearbeiteten Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Einflussfaktoren von Interessen und Bedürfnissen in Bezug auf Gegensätze und soziale Distanz zwischen einzelnen Milieus in einem Quartier lassen sich thesenartig zusammenfassen: Je größer die Alters- und Bildungsunterschiede in der Bevölkerung, desto größer wird, wegen der potentiell zu erwartenden Gegensätze in Denk- und Handlungsstilen (vgl. Schulze 1997) und der dadurch zu erwartenden größeren sozialen Distanz, das Erleben von Teilen der Bevölkerung, BürgerInnen zweiter Klasse zu sein und damit die Indikation für professionelle Vermittlungs- und Konfliktbearbeitung.

Mit dem Anteil mittlerer Altersgruppen, kinderloser Haushalte und mittlerer bis höherer Einkommen und Berufsstellungen steigen Mobilität und außerhäusliche Aktionsräume. Je größer die Mobilität und außerhäusliche Aktionsräume sind, desto höher ist das Potential überlokaler Kontakte und Kommunikationsbeziehungen. Entsprechend geringer sind Interessen und Aktivitäten an nahräumlich quartierbezogenen Kontakten und Aktivitäten und entsprechend gering ist der Bedarf an professioneller Unterstützung für Schaffung und Aufrechterhaltung solcher Gelegenheiten. Wenn hohe Anteile an Kinderhaushalten, an betagten, erwerbslosen und armen Menschen in einem Stadtteil/Quartier, den Anteil an „Wohnmilieus“ geringer Mobilität erhöhen, werden häusliche und nahräumliche Aktionsräume sowie lokale Kommunikationsbeziehungen umso wichtiger. Somit besteht bei hohen Anteilen o.g. Bevölkerung erhöhter Bedarf an nahräumlichen Gelegenheiten für Aktivitäten und Kommunikation und damit Aufwand für professionelle Unterstützung zur Schaffung und Aufrechterhaltung entsprechender Gelegenheiten zum Nachteilsausgleich.

Die Zusammensetzung der Stadtteil-/Quartierbevölkerung nach ihrer Ausstattung mit ökonomischen und kulturellen Ressourcen beeinflusst, wie oben gezeigt, die Ausprägung bürgerschaftlichen Engagements und politischer Partizipation im Stadtteil/Quartier. Je mehr Menschen geringen Bildungsgrades, Einkommens und beruflicher Stellung im Stadtteil/Quartier leben, desto geringer fällt die zu erwartende Bereitschaft zu gesellschaftlicher Teilhabe der Stadtteil-/Quartierbevölkerung aus und erhöht damit das Risiko, dass sich Bevölkerungsteile als deklassiert erleben, womit der Aufwand professioneller Unterstützung und Motivierung zur Partizipation an Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen steigt.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich die komplexe Gemengelage sozialer Ungleichheit in Form sozialer Benachteiligung als Ursache von Erfahrungen zweitklassiger Bürgerschaft auf lokaler Ebene, im sozialen Nahraum der Bevölkerung sehr anschaulich fest- und darstellen lässt. An Hand der zahlreichen Beispiele, sollte deutlich geworden sein, durch welche Strukturbedingungen und Prozesse soziale Ungleichheit über zu soziale Benachteiligung zu Bürgerschaft zweiter Klasse führen kann. Mit dem Konzept Sozialraumorientierung ausgerichtete professionelle Quartierarbeit, als Soziale Arbeit in und mit Gemeinwesen, bestehen Handlungsmöglichkeiten zur Verminderung oder gar Verhinderung der Manifestation von Bürgerschaft zweiter Klasse, jedenfalls bezogen auf den für die Bevölkerung relativ überschaubaren sozialen Nahraum von Stadtvierteln/Quartieren. Dabei geht es

allerdings weniger um Verhaltensänderung, im Sinne pädagogischer Interventionen auf Einzelne oder Gruppen, als eher um Verhältnisänderung durch emanzipative Arbeit mit der gesamten Bevölkerung und lokalen Akteuren.

Literatur

- Becker, Martin (2017a): Gemeinwesen, Quartiere, Gemeinwesenarbeit. In: Forum wohnen und Stadtentwicklung; Verbandsorgan des vhw, Heft 4 Juli 2017. ISSN: 1867-8815. (Seiten 176-180).
- Becker, Martin (2017b): Développement social urbain et le travail sur le commun. In: Le Sociographe (9 hors série), Le voisin inconnu. Le travail social en perspective franco-allemande. Nîmes: Éditions Champ social; ISBN: 978-2-918621-32-4. (pages 117-128).
- Becker, Martin (2016): GWA-Personalbemessung. Orientierungshilfe zur Personalebemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartierentwicklung. Konstanz: Hartung-Gorre-Verlag.
- Becker, Martin (2/2016): Das Ende der „Bürgerkommune“ oder ein Recht auf Stadt. In: Drilling, Matthias / Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer. Seite 221-236.
- Becker, Martin (2015): Le travail social sur le commun – une pratique a fait ses preuves en Allemagne! In: Muller, Béatrice / Michon, Bruno / Somot, Blandine: Les controverses du travail social en France et en Allemagne. Par-delà les idées reçues. Paris: L'Harmattan. Pages 93-112.
- Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Becker, Martin / Muller, Béatrice / Wagner, Rudi (2014): „D'un réseau d'acteurs en travail social à une coopération institutionnelle. Un parcours complexe“; in: Koukoutsaki-Monnier, Angeliki (Hrsg.): „Identités (trans)frontalières au sein et autour de l'espace du Rhin supérieur. Nancy: Presses Universitaires, Éditions Universitaires de Lorraine; Pages 97-116.
- Becker, Martin (2010): "Sozialraumorientierung und Armutsbewältigung". In: Mattes Christoph (Hrsg.) "Wege aus der Armut. Strategien der Sozialen Arbeit". Lambertus Freiburg. ISBN: 978-3-7841-1969-4, Seite 142-173.
- Becker, Martin (2008): Lebensqualität im Stadtquartier. Einflussfaktoren, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten, Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Becker, Martin (2006): Sozialraumorientierung als Handlungskonzept Sozialer Arbeit. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. 57. Jg., 4/2006, S. 30-36.
- Becker, Martin (2004): Dezentrale Stadtteil- und Familienzentren. Ein Modell kommunaler Quartiersarbeit, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, Vierteljahreshefte zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe, Frankfurt/M.: 35. Jahrgang Nr. 1/2004, Seite 65ff..
- Bingel, Gabriele (2011): Sozialraumorientierung revisited. Geschichte, Funktion und Theorie sozialraumbezogener Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt Sonderband 2, S.183-198. Göttingen.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Duden (1995): Ethymologisches Wörterbuch des Deutschen. München.
- Elias, Norbert (1991): Die Gesellschaft der Individuen. Herausgegeben von Schröter, Michael. Frankfurt / Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1937/1976): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd. 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt/Main: Suhrkamp; Erstausgabe: Gräfenhainichen 1937.

- Elias, Norbert (1970): Was ist Soziologie? München: Juventa Verlag.
- Elias, Norbert / Scotson, John L. (1965/1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/Main: Suhrkamp. Erstausgabe: The Established and the Outsiders. A Sociological Enquiry into community Problems. London.
- Engelke, Ernst (2004): Die Wissenschaft Soziale Arbeit. Werdegang und Grundlagen. 2. Auflage, Freiburg: Lambertus.
- Etzioni, Amitai (1996): The new golden rule. Community and morality in a democratic society. New York: Basic Books.
- Geißler, Karlheinz / Hege, Marianne (2007): Konzepte sozialpädagogischen Handelns. Weinheim/München: Juventa.
- Groenemeyer, Axel (2012): Soziologie sozialer Probleme – Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In: Albrecht, Günter / Groenemeyer, Axel (Hrsg.; 2012): Handbuch soziale Probleme. 2 Bände. 2. Überarbeitete Auflage, Seite 17-176. Wiesbaden: VS-Verlag / Springer Fachmedien.
- Herlyn, Ulfert (1998): Milieus, in: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Seite 151-161. Opladen: Leske + Budrich.
- Herriger, Norbert (2014): Empowerment in der sozialen Arbeit: eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hradil, Stefan (2004): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- IFSW (2014): Definition Sozialer Arbeit der „International Federation of Social Workers“ (IFSW); <http://www.dbsh.de/der-dbsh/dbsh-mitteilungen/dbsh-mitteilungen-2012/detailansicht/neufassung-der-definition-soziale-arbeit.html> (27.08.2015)
- Kricheldorf, Cornelia / Becker, Martin / Schwab, Jürgen E. (Hrsg.; 2012): Handlungsfeldorientierung in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammerverlag.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Schroer, Markus (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Schulze, Gerhard (1997): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. - New York: Campus. Erstausgabe (1992).
- Sennett, Richard (1974/1983): Erstausgabe: The Fall of Public Man. New York: Alfred A. Knopf Inc.. Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Berlin: Berliner Taschenbuchverlag.
- Statistisches Jahrbuch (1999), Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis – Ein Lehrbuch. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt Verlag.
- Stövesand Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (Hrsg.; 2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden; Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Thiersch, Hans (1992): Lebensweltorientierte soziale Arbeit: Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. Weinheim/München: Juventa-Verlag.
- Wohlfahrt, Norbert / Dahme, Heinz-Jürgen / Otto, Hans-Uwe / Trube, Achim (Hrsg.; 2003): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen.